

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 58 477. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13088.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Pettizelle 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Pettizelle mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Pettizelle 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Angebote Sowjetrußlands.

Sowjetrußland und Deutschland.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Der Vorwärts veröffentlicht ein interessantes Interview, das einer seiner Mitarbeiter mit dem kürzlich in Berlin eingetroffenen neuen Vertreter der Sowjetregierung, Wiktor Kopp, hatte. Die Verhandlungen über einen Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen, so erklärte Kopp, hätten noch nicht begonnen. Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, deren Heimkehr aus Rußland nunmehr in die Wege geleitet worden sei, betrage etwa 30 000 Mann. Es handle sich dabei durchweg um deutsche Soldaten aus den von Sowjetrußland neuerdings den gegenrevolutionären Armeen abgewonnenen sibirischen Gebieten. Die russischen Gefangenen, deren Freilassung aus den Gefangenenerlagern von der deutschen Regierung zugesprochen worden sei, erreichten immer noch die ansehnliche Höhe von einer Viertelmillion Mann. Die Heimkehr der Gefangenen könnte sich vorläufig nur auf dem Seewege vollziehen.

Auf weitere Fragen erklärte Kopp, gegenüber dem Wunsche Sowjetrußlands, mit Deutschland in freundschaftliche Beziehungen zu kommen, ist der Gefangenenaustausch von untergeordneter Bedeutung. Rußland wünsche mit Deutschland möglichst schnell zu einem regen wirtschaftlichen Austausch zu kommen, denn das durch die gegenrevolutionäre und fremdländische Blockade wirtschaftlich ungeschwächt Rußland bedarf dringend deutscher Maschinen, deutscher Kohlen, deutscher Medikamente und mehr noch deutscher Facharbeiter, Techniker und Organisten. Als Gegenwert wolle sie für Deutschland hochwertigste Rohstoffe zu bieten haben. Für lange Zeit kommen für Rußland Gegenstände des persönlichen Bedarfs überhaupt nicht in Frage, Transport- und Betriebsmittel sind das einzige, worauf Rußland heute Wert legen darf. Ware gegen Ware wird das Prinzip sein, das sich Rußland auch in bezug auf seinen Verkehr mit Deutschland zu Prinzip machen muß und Deutschland hat keinen Grund, dieses Prinzip zu befeuern.

Auf die Erwähnung nach einer Möglichkeit der Auswanderung deutscher werktätiger Massen in russisches Gebiet, gab Kopp seiner Hoffnung Ausdruck, daß die hierfür bereits eingeleiteten Vorbereitungen zur Einreise der von Rußland sehr bald erwarteten geschulten Kräfte nach waldurchdrungenen Plänen getroffen werden seien. „In erster Linie kommen natürlich Facharbeiter in Frage, auf die in Rußland noch Massen ungenutzter Arbeiter warten, während die auf eigenen Boden wirtschaftenden Bauern Zugang nicht allgerneinlich begünstigt würden. Freilich gibt es noch weite unerschlossene Länder, vor allem in Sibirien, die deutscher Siedlung vorbestimmt sein können.“

Auf den Einwand, daß die Versuche, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, doch nicht der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen förderlich sein könnten, erwiderte Kopp zunächst mit dem Hinweis, daß ja auch die deutsche Regierung sich wiederholt bemüht habe, in die russische Entwicklung einzugreifen. Er fuhr dann fort: „Weil Rußland, wie nötig ihm freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland sind, so wäre es töricht, diese aus agitatorischen Gründen zu verderben. Als Marxisten wissen die Bolschewikisten viel zu gut, daß sich eine soziale Umwälzung nicht „von oben“ läßt, führt sie der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht selbst herbei. Rußland will vorerst an Rußland denken und ohne den Glauben an die Bolschewikisten aufzugeben, wissen die geistigen Führer des russischen Volkes doch viel zu gut, daß sie den Lebensinteressen des russischen Volkes verpflichtet sind und die erheblichen weniger Rhetorik als praktische Realpolitik.“

Aber auch Deutschland, sagte Kopp zum Schluß, hat kein Interesse an der Räterepublik, deren Bestand, selbst begründet in den russischen Arbeitern und Bauern, endgültig gesichert ist. Es kann keine andere Regierung geben, die natürlicherweise Deutschland so freundschaftlich gestimmt ist, wie die heutige Regierung Rußlands. Ganz abgesehen vom Interesse des deutschen Sozialismus, das beim Wiedererkennen einer aggressiv-imperialistischen Macht im Osten völlig allein in der Welt stehen würde. Das russische Volk ist das einzige, das heute Deutschland nicht mit dem Willen und der Macht zur Ausbeutung und Unterdrückung gegenübersteht, wie auch das deutsche Volk dasjenige ist, das am ehesten dazu geeignet scheint, zum eigenen Vorteil ein großes, freies und friedliches Rußland der Arbeit aufzubauen zu helfen.

Vansbury über Sowjetrußland.

Der Chefredakteur des Daily Herald, des sozialdemokratischen Tagesblatts Englands, Genosse Vansbury, hat sich nach Rußland begeben und ist in Moskau eingetroffen, von wo aus er seinem Blatte eine drastische Meldung geschickt hat, die verschiedene falschen Darstellungen, die in letzter Zeit in bürgerlichen Blättern über die Arbeitsbeschäftigung der Sowjetregierung zu lesen war, den Garaus macht. Auf diese wichtigen Klärungen eines glaubwürdigen Fragen werden wir noch eingehender zurückkommen. Für heute sei das drastische Telegramm rezipiert, das Vansbury nach einer Mitteilung an den Herald an den englischen Premierminister Lloyd George gerichtet hat. Er bezeichnet darin die kürzliche Rede des Premiers über Rußland im Unterhause als den „Artemis seines Lebens“ wegen seiner Beurteilung der Führer der Sowjets. Diese Männer, erklärt Vansbury, nachdem er in nahe Berührung mit ihnen gekommen und ihr Werk geprüft hat, sind be-

deutend, klaren Kopfes, ehrenwert und menschlich. Das Telegramm lautet dann fort:

„Ich bitte Sie, hierher zu kommen und mit Lenin zu konferieren. Ich bin gewiß, die Augen würden Ihnen geöffnet werden, sobald sie die Grenze überschreiten. Es ist keine Gefahr vom Frieden zu befürchten, aber große Gefahr für England und Europa, wenn die gegenwärtigen Zustände fortdauern.“

Das Telegramm schließt mit der dringenden Aufforderung an den Premier, ohne Zögern Frieden zu machen.

Die Ordnungsbefehle in Ungarn.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Ueber Wien wird gemeldet: Der Chefredakteur des Budapestener sozialistischen Organs, Genosse Somogyi, ist augenscheinlich von Wehrgardisten eximorbet worden. Er hatte am Montag in Begleitung eines jungen Dichters die Redaktion verlassen. Beide wurden dann nicht mehr gesehen. Jetzt sind ihre Leichen aus der Donau gezogen worden. Sie hatten mehrere Wunden, die Tiefe waren zusammengebunden und die Hosen taschen mit Steinen beschwert. Somogyi war nie an der Rätebibliothek beteiligt, sondern Rechtssozialist.

Eine eigene Nachricht aus Wien gibt noch nähere Angaben über die Schuldigen an der Untat. Sie lautet:

Wien, 20. Febr. Offiziere der Honvartarmee haben den Chefredakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes in Budapest Bela Somogyi ermordet und in die Donau geworfen. Die Leiche wurde gefunden. Für den Mord ist Armeekommandant Gortih verantwortlich, der den Befehl erlassen hat. Unter der Arbeiterhaß herrscht große Erregung. Man fordert die Auflösung der Offiziersterrortruppen.

Hinausschiebung der Abrüstung.

Volks Bureau berichtet:
Der Präsident des Obersten Rates Lloyd George hat dem deutschen Geschäftsträger in London Chamber nachfolgende Note übersandt: Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisgabe an die deutsche Regierung mitzutellen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gelenkt wurde, in die die deutsche Regierung gesetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf der strikten Durchführung des Artikels 100 des Versailles Vertrags bestehen, nach welchem die gesamte Effektstärke der Truppen in den deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann, Offiziere und Depoteinrichtungen eingerechnet, nicht überschreiten darf. Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailles Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich der Oberste Rat dahin entschieden, zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte bis 10. April 1920, d. h. drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrags, in Gemäßheit des Artikels 103 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden. Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.

Die Bitten der deutschen Regierung sind also von der Entente erhöht worden. Es ist der Regierung gelungen, durch die Vorgänge in den letzten Wochen zu „beweisen“, daß eine Truppe von 100 000 Mann nicht ausreicht, die Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten und der Regierung über die „schwierige Lage“ hinwegzuhelfen. Es hat sich so gezeigt, daß man ohne Ausnahmezustand, Pressenverbote und starke Aufgebote von Postregarden der Umstürzler in Deutschland nicht Herr werden kann. Alle Reaktionen in Deutschland werden sich freuen, daß bei den Ententemächten ein so feines Verständnis für die Nöte der deutschen Regierung vorhanden ist.

Ist Marloh reaktiviert?

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht folgende Meldung:

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, wurde Oberleutnant Marloh für die gerichtliche Untersuchung der Reichswehrbrigade 8 überwiesen. Die Brigade übertrug ihn dem Reichswehregiment 6 an. Diese Zuteilung dauert noch an. Ob Oberleutnant Marloh regelmäßig Dienst tut, konnte noch nicht ermittelt werden; es erscheint jedoch wahrscheinlich, daß er beim Regiment beschäftigt wird.

Uns würde es wirklich nicht wundern, wenn Herr Marloh wieder in das Offizierskorps der Reichswehr aufgenommen worden wäre und weiter Gelegenheit bekäme, auf seine Weise das Vaterland zu retten. Vielleicht teilt der Reichswehrminister der Öffentlichkeit mit, ob die Meldung des Berliner Blattes zutrifft.

Die Reichseinkommensteuer.

Der Ausschuh der Nationalversammlung zur Beratung der Reichseinkommensteuer hat vor einigen Tagen die erste Lesung des Entwurfs beendet; der Text ist dabei unverändert geblieben. Es ist deshalb notwendig, das Werk der Regierung und des Ausschusses genauer zu betrachten.

Neben dem Preis der steuerlichen Ungerechtigkeit, dem Umsatzsteuergesetz, durch das jede Ware mit einer ihren Preis erhöhenden Abgabe für das Reich belastet worden ist, ist das Reichseinkommensteuergesetz unter allen Steuergesetzen, über die die Nationalversammlung zu entscheiden hat, das wichtigste Steuergesetz für die Massen. Es will die Einkünfte aus der Verwertung der Arbeitskraft reiflos zur Steuerleistung heranziehen.

An sich erblicken auch wir in einer solchen Reichseinkommensteuer, die Ertrag für die bunte Vielfaltigkeit der bisherigen einzelschaftlichen Einkommensteuergesetze ist, die durch die trassen Ungleichheiten der kommunalen Zuschläge verschärft wurde, einen grundsätzlichen Fortschritt. Denn da innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Ausgaben für die Gemeinschaft (Reich, Staat, Provinz, Gemeinde) von den drei Klassen getragen werden, aus denen die kapitalistische Gesellschaft besteht — den Lohnarbeitern, den Kapitalisten und den Grundbesitzern —, so ist ihre gleichmäßige Heranziehung ohne Rücksicht auf Wohnort, bei ausreichender Berücksichtigung ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit durchaus berechtigt.

Aber der Anforderung, daß diese Steuer vor allem nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers bemessen sein muß, entspricht der Entwurf über die Reichseinkommensteuer nicht. Die Reichseinkommensteuer ist nur eine der vielen neuen Steuern, durch die die Klasse der Lohnarbeiter zur Steuerleistung für die Gemeinschaft herangezogen wird. Die Lohnarbeiter müssen nämlich auch einen erheblichen Teil der übrigen Steuern aufbringen. Eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit würde aber nur dann eintreten, wenn Vermögen, Erbschaften und Einkommen unmittelbar (direkt) durch Besitzsteuern erfaßt werden und dies die einzige Steuerart sein würde. Von diesem Grundsatz weicht aber die Steuergesetzgebung der jetzigen Regierung nach vielen Richtungen ab. Genau wie früher wird der Bedarf des Reiches nicht nur durch Besitzsteuern, sondern zu einem sehr erheblichen Teil auch durch Verbrauchs- und Verzehrssteuern aufgebracht, so daß eine Belastung der minderbemittelten Bevölkerung außer durch die Reichseinkommensteuer auch durch eine ganze Reihe von andern Steuerarten vorgenommen wird.

Der Entwurf des Reichseinkommensteuergesetzes berücksichtigt auch in keiner Weise, daß Einkommen, das aus Vermögen herfließt und nicht aus der Arbeitsleistung, höher besteuert werden muß als Einkommen aus Arbeitslohn. Er kennt weder diese Unterscheidung noch die nach der Herkunft der Einkommen aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb. In dem gleichzeitig vorgelegten Entwurf der Kapitalertragssteuer vermögen wir keinen Ersatz für diesen Mangel zu erblicken. Denn er sieht nur die äußerst unzulängliche gleichmäßige Belastung der Erträge aus Kapitalvermögen von 10 Prozent vor, während die steuerliche Gerechtigkeit eine Staffelung des Steuerfußes bedingt.

Die Begründung der Denkschrift zur Reichseinkommensteuer enthält den durchaus richtigen Satz: „So weit ein Einkommen nur die dringendsten Ausgaben für Lebensbedürfnisse befriedigen kann, darf es zur Steuer überhaupt nicht herangezogen werden.“ Dieser Grundsatz ist sehr schön, würde er doch in der Praxis bedeuten, daß mindestens ein Betrag von 5000 Mk. steuerfrei sein würde. Der Gesetzentwurf verfährt aber nicht nach diesem schönen Grundsatz. Denn er beabsichtigt, selbst ein Einkommen von 1000 Mk. zur Steuerleistung heranzuziehen. Der Betrag von 1000 Mk. gilt zwar nur für ledige Personen, aber auch ein Lediger vermag mit 1000 Mk. nicht einmal die Hälfte der dringendsten Ausgaben für seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Ebenso unzulänglich ist die Absicht, kinderlose Familien von 1500 Mk. an zu besteuern und für jedes Kind nur einen Betrag von 300 Mk. steuerfrei zu lassen. Diese Bestimmungen des Entwurfs nehmen in keiner Weise Rücksicht auf die von Tag zu Tag steigenden Kosten der Lebenshaltung, die nach der einwandfreien Statistik des Berliner Professors Silbergleit allein für einen erwachsenen Menschen über 2800 Mk. betragen und für eine vierköpfige Familie mit 8000 Mk. jährlich eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt sind. Die Erhebung der Steuer aber bei einer vierköpfigen Familie bereits bei 2100 Mark ist nach jeder Richtung hin unsozial, denn sie würde